Das Jüdische Echo

Erscheinungszeit: Jeden Freitag. Bezug: Durch die Postanstalten oder den Verlag. — Bezugspreis: Vierteljährig Mk. 200.—, Halbjährig Mk. 400.—, Ganzjährig Mk. 800.—, Einzelnummer Mk. 25.— / Verlag, Auslieferung des „Jüdischen Echo": München, Herzog Maxstr. 4.



Anzeigen: Die viergespaltene Millimeter-Zeile Mk. 150.— / Familien-Anzeigen Ermäßigung. / Anzeigen-Annahme: Verlag des „Jüdischen Echo", München, Herzog Maxstr. 4. Fernsprech-Nummer 53099. Postscheck-Konto: München 3987.

Ausgabe A — Nr. 11 / 16. März 1923 — 10. Jahrgang

1923 Wochenkalender 5683

	März	Nissan	Bemerkungen
Sonntag	18	1	ראש חדש
Montag	19	2	
Dienstag	20	3	
Mittwoch	21	4	
Donnerstag	22	5	
Freitag	23	6	
Samstag	24	7	ויקרא

Das Jüdische Echo

Nummer 11 | 16. März 1923 | 10. Jahrgang

Der Polizeistock

„Bukarest, den 31. Januar 1923. Die von Cuza (ein antisemitischer Professor) verhetzte Studentenschaft ist zur Tat geschritten. Die Schwäche und Nachgiebigkeit der Regierung, die sich nie zu Taten aufraffte, hat blutige Früchte gezeitigt. Eine kleine Zahl jüdischer Studenten begab sich auf die Universität. Dort wurden sie von den nichtjüdischen Studenten gräßlich mißhandelt. Man schlug den jüdischen Studenten die Schädel an die Wände, man trat sie mit Füßen, und bald war der Boden mit Blut gefärbt. Es blieb nicht ein jüdischer Student zurück, der nicht einen blutigen Kopf hatte, und auch den letzten unter ihnen warf man die Treppen hinab. Die antisemitischen rumänischen Studentenverbände haben eine Resolution an die maßgebenden Stellen geschickt, die nachstehende Forderungen enthält: 1. Fortsetzung des Kampfes für den numerus clausus bis zum siegreichen Ende. 2. Jüdische Medizinstudenten dürfen nur jüdische und keine christlichen Leichen sezieren. 3. Strenge Zensur der „gewissenlosen" Presse. 4. Keine weitere Verleihung von Staatsbürgerrechten an die Juden. 5. Verbot der Einwanderung neuer Juden nach Rumänien."

„Bukarest, den 17. Februar 1923. Eine mehrköpfige Deputation der rumänischen Studentenschaft der Bukarester Universität erschien bei dem Ministerpräsidenten und gab die Versicherung ab, daß die Studentenschaft keinerlei Demonstrationen mehr veranstalten wird. Sie habe dieses Treiben satt und wolle sich nunmehr ausschließlich dem Studium widmen."

Schau, schau, so wird mancher beim Lesen dieser beiden nur durch wenige Tage voneinander getrennten Berichte sagen, da kann man wieder einmal sehen, daß das Gute im Menschen sich doch schließlich immer Bahn bricht, wie rasch auf den häßlichen Blutrausch doch die eines zivilisierten Menschen einzig würdige Selbstbesinnung zurückkehrt! Hier sehen wir's klar und deutlich: „Der Mensch ist gut" und da der Antisemitismus schlecht ist, wird es sicherlich mit der Zeit überall so gehen wie jetzt in Rumänien; Ekel wird die Menschen erfassen vor dieser nur auf Feindschaft, nur auf das Negative gerichteten Einstellung und sie werden sich früher oder später darauf besinnen, daß positives Tun, Arbeit an der Menschheit und für die Menschheit der einzige Weg ist, der uns als eine Gesamtheit und damit wieder jeden Einzelnen vorwärts zu bringen im Stande ist.

Wieviele gibt es unter uns, die immer noch diese Hoffnung auf Selbstbesinnung als einen Faktor in ihre Berechnungen einsetzen, die da glauben, es werde den Judenhassern selbst des von ihnen aufgespeicherten und verspritzten Giftes zu viel werden, sie würden endlich die Erbärmlichkeit einer Lebensauffassung erkennen, die alle Schuld nur bei den Anderen, nicht den geringsten Makel an sich selbst zu sehen im Stande ist. Und wo sollte eine solche Hoffnung begründeter sein, als gerade bei der akademischen Jugend, als bei Menschen, die an den höchsten Vorbildern des Altertums und der Gegenwart geschult, als Erste die Kräfte kennen zu lernen fähig sein müßten, die wirklich Neues und Gutes in die Welt gebracht haben.

Dieser Glaube an das Gute im Menschen scheint durch die oben zitierten Meldungen aus Rumänien eine stichhaltige Stütze gefunden zu haben, — solange man nicht in die Lage versetzt wird, einige Telegramme kennen zu lernen, die gerade aus der Zeit zwischen jenen scheußlichen Ausbrüchen antisemitischer Roheit und der klugen und sanften Abbitteerklärung stammen. Da heißt es nämlich: „Der Ausschuß der Rumänischen Universitäten hat beschlossen, als Antwort auf die erneuten antisemitischen Ausschreitungen der Studenten alle Fakultäten der Rumänischen Universitäten, sowie die Studentenheime auf ein Jahr zu schließen, die Abhaltung der Prüfungen zu unterbrechen, und sämtliche, den Studenten gewährte Privilegien aufzuheben."

Und nun erscheint die ganze Angelegenheit in einem ganz anderen, häßlich-grellen, aber wahren Lichte. Von einer seelischen Umstellung, von einer menschlichen Neuorientierung kann nach diesen Feststellungen natürlich keine Rede mehr sein. Nacktester Egoismus, hier wie dort die Triebfeder. Eine Erklärung, die freiwillig abgegeben als ein beweiskräftiges Dokument dafür hätte dienen können, daß der Mensch im Innersten eben doch ein sittliches Bewußtsein, ein Gewissen hat, das ihn antreibt, übereilte, schlechte Handlungen zu bereuen und wenn irgend möglich wieder gut zu machen, wird in ein Zerrbild feiger Knechtsgesinnung verkehrt, die nicht im Stande ist, für ihre mit Emphase proklamierten Ziele auch nur das geringste Opfer zu bringen.

Eine Studentenschaft, die durch ihre gewählten Vertreter eine derartige Unterwerfungserklärung bewußt schlechtgläubig abgeben lassen kann, beweist, wie wenig hoch das Vertrauen sein kann, das man in das wahre Ehrgefühl dieser Menschen setzen darf, ein Ehrgefühl allerdings, das mit dem auf dem Mensurboden „erprobten" und in Bars und Dielen bewiesenen nicht verglichen werden kann.

Rumänien ist uns einstweilen noch in jeder Beziehung voran. Bei uns hat der Antisemitismus der Faust und des Gummiknüppels noch nicht die Intensität erreicht, wie sie uns aus Rumänien geschildert wird. Noch können jüdische Studenten ohne akute Gefahr für einen blutigen Kopf ihrem Studium nachgehen, wenn sie auch oft mit blutendem Herzen Dinge in sich hinein fressen müssen, die vielleicht noch weit schwerer zu ertragen sind als äußere Verletzungen. Aber auch nach der anderen Richtung hin, was nämlich das energische Eingreifen der Staatsgewalt anbelangt, ist uns Rumänien heute Vorbild.

Hier in Bayern handelt es sich ganz einfach um folgende Frage: Will man es dulden, daß es auch bei uns so weit kommt, daß Juden aus keinem anderen Grunde, als eben weil sie Juden sind, von einer blut- und beutelüsternen Masse überfallen werden, um dann nachträglich vielleicht die Rädelsführer usw. mit ein paar Wochen Gefängnis zu bestrafen, oder hält man es nicht doch für besser, Präventivmaßnahmen, die in jeder Beziehung wirksamer sind anzuwenden, oder will man schließlich — und bei uns ist ja scheinbar

alles möglich — wie man so schön sagt, den Dingen ihren Lauf lassen?

Der Reichswehrminister Geßler hat kürzlich im Reichstage das bedeutsame Wort geprägt, man könne Idealbewegungen nicht mit dem Polizeistocke beikommen, ein zweifellos ebenso richtiger, wie gefährlicher Ausspruch. Daß eine, auf wahrhaft hohe Ziele gerichtete Bewegung, daß ein mit letztem Ernste gekämpfter Kampf sich nicht durch die Zwangsmittel der Staatsmaschine entscheiden läßt, das ist vielleicht eine der wenigen unumstößlichen Gewißheiten, die uns das Studium der Geschichte lehrt. Beweismaterial hiefür gibt es im fernen Altertum — die Entstehung des Christentums — wie in der allermodernsten Zeit — Antisozialistengesetzgebung — genug und schließlich ist ja der Umstand, daß es heute noch Juden gibt, daß es noch ein Judentum gibt, die schlagendste Widerlegung einer formal, mit dem Polizeistocke arbeitenden Unterdrückungspolitik. Insoferne hat Dr. Geßler zwar nichts Neues, aber sicherlich etwas Richtiges gesagt. Die Schwierigkeit liegt aber eben d a r i n , zu erkennen, was eine i d e a l e B e w e g u n g ist, wodurch sich eine solche Idealbewegung von gewöhnlichen politischen Umtrieben und Demagogenhetzen nach außen hin unterscheiden.

Sind die Bewegungen, deren energische Bekämpfung durch die Polizei, durch das Militär wir augenblicklich fordern, Idealbewegungen? Der Reichswehrminister ist, so möchte es fast scheinen, dieser Ansicht, denn sonst hätte er ein rechtes Wort am falschen Platz gesagt. Wir glauben aber kaum, daß diese Auffassung in allen Lagern geteilt wird. Wir sind vielmehr der bestimmten Ansicht, daß diejenigen Verbände, deren energische Bekämpfung mit allen Machtmitteln des Staates wir verlangen, geradezu Gegensätze zu dem sind, was sie sein sollten und könnten, nämlich Ausdrucksformen einer w a h r e n nationalen Bewegung. Denn darüber kann kein Zweifel sein, daß der nationale Gedanke ein idealer Gedanke ist, und keineswegs durch äußere Gewalt erstickt werden kann. Dies braucht in einer Zeit, wo wir lebendigen Anschauungsunterricht in dieser Sache als Zuschauer in Irland, als mehr oder weniger Beteiligte in Polen, Litauen, in der Tschecho-Slowakei usw. genießen, kaum noch im einzelnen ausgeführt zu werden.

Aber wir glauben, daß man dem Schutz- und Trutzbund, den Mörderorganisationen, der Masse von Menschen, die es über sich bringen, Tag für Tag oder doch mehrmals wöchentlich den aufgelegten Unsinn in sich aufzunehmen, den ein „Völkischer Beobachter“, ein „Miesbacher Anzeiger“ und wie diese nur der Verhetzung dienenden Blätter alle heißen mögen, ihnen verzapft, weiß Gott zu viel Ehre antut, wenn man sie auch nur eines V e r g l e i c h e s mit dem in Irland unter schwersten Opfern ringenden Volke würdigt.

Worin besteht die positiv nationale Arbeit, die diese Verbände leisten? Etwa darin, daß sie fast ihre gesamte Arbeitskraft, den größten Teil ihrer Geldmittel für negative Zwecke ausgeben, für die Bekämpfung des „Internationalen“ Judentums, von dem sie, wenn es ihnen gerade in den Kram paßt, zugeben, daß es national sei. Oder in der Art, wie sie an die Lösung dieser Aufgabe herangehen? Daß sie wehrlose Menschen überfallen, verwunden, morden, daß sie zum Terror der Straße greifen, obwohl kein Mensch es ihnen verwehrt, ihre Ziele so anzustreben, wie es zivilisierte Menschen tun? Wo steckt da auch nur ein Funke von Idealismus, wo kommt das erhabene Ziel zum Vorschein, dessen Erreichung unter Einsatz der ganzen Macht angestrebt werden muß? Es ist nicht zu viel behauptet, wenn wir sagen, daß eine nationale Bewegung, deren Hauptsinn der Antisemitismus ist, nicht würdig des Namens „national“ ist. Wichtige Aufgaben, so denken wir, gibt es gerade genug für den Deutschen: Ausgleichung der sozialen Ungerechtigkeiten, Hebung des Gesundheitszustandes der Bevölkerung, Bekämpfung des Alkoholismus, Förderung der Wissenschaft und der Künste, Neuorientierung der Erziehung und des Schulwesens, um nur einige Punkte herauszugreifen. Was haben die Deutsch-Nationalen auf diesen Gebieten geleistet? daß man sie der Ehre für würdig hält, eine ideale Bewegung zu propagieren?

Aber noch aus einem anderen Gesichtspunkt heraus müssen wir es ablehnen, dem Herrn Reichswehrminister recht zu geben. Eine wahrhaft ideale Bewegung läßt sich, wenn überhaupt, so am sichersten daran erkennen, daß ihre Anhänger Opfer und Leiden mutig und standhaft auf sich nehmen, in dem Gefühle, so gehandelt zu haben, wie Ehre und Gewissen es verlangen. So starben tausende von Christen im Altertum, zahllose Juden im Altertum, im Mittelalter und noch heute den Märtyrertod, so wanderten 1848 die freiheitlich gesinnten Studenten in Massen ins Gefängnis, so kämpften die Sozialisten für ihre Ziele.

Das einzige Land, wo bisher die Anhänger der modern-antisemitischen „Idealbewegung“ auf die Probe gestellt wurden, war Rumänien. Fürwahr, ungeheuer Schweres wurde dort von den tapferen Pogromisten verlangt! Ein Jahr lang keine Vorlesung, ein Jahr lang keine Examina. Und nach wenigen Tagen ein demütiges: wir wollen es nicht mehr tun, wir wollen jetzt wieder brave Kinder sein! Solchen Helden gegenüber sollte, so meinen wir, der Staat in der Auswahl seiner Mittel nicht allzu wählerisch sein. Er bräuchte sie nicht noch durch Worte wie „Idealbewegung“ zu ermuntern und sie zum Zettelankleben und Wändebeschmieren, zum Hepp-Hepp-Rufen und Krakehlen, zur Fortsetzung ihres „Kampfes“ zu ermutigen.

Wir können uns einige Herrchen denken, denen die Berührung mit dem Polizeistocke, der dann ruhig einmal aus spanischem Rohr bestehen dürfte, die Lust vertreiben würde, große Politiker zu spielen und sie wieder dem Platze zuführen würde, auf den sie gehören — der Schulbank. Li-r.

Der Numerus clausus in Rumänien gefallen

Eine Erklärung des Bukarester Universitätssenates

B u k a r e s t. (Tel. d. „Wiener Morgenzeitg.“) Der Universitätssenat hat, nachdem die christliche Studentenschaft, wie bereits berichtet, durch Verzicht auf die Forderung des Numerus clausus den

ungestörten Verlauf der Vorlesungen möglich gemacht hat, beschlossen, die Laboratorien und Kliniken der medizinischen Fakultät am 5. März provisorisch zu eröffnen. Von dem Verhalten der Studentenschaft wird es nun abhängen, ob diesem Versuche die Wiederaufnahme aller Vorlesungen oder die Schließung der Universität für das ganze laufende Studienjahr folgen wird.

Aus diesem Anlaß erließ der Universitätssenat einen Aufruf an die Hochschüler, in welchem er zunächst feststellt, daß die antisemitische Bewegung von den Feinden des rumänischen Volkes in die Kreise der Jugend hineingetragen wurde, um auf diesem Wege in Rumänien Ruhestörungen größeren Stils hervorzurufen. „Der Senat ist bereit, die Universität für sämtliche Hörer, ohne Unterschied der Rasse und der Konfession, wieder zu eröffnen. Die in schlechtem Latein Numerus clausus getaufte Bewegung stehe der Seele des rumänischen Volkes ebenso ferne, wie den Traditionen der Universitäten aller gebildeten Völker.

Der Numerus clausus ist aus Budapest über die Grenze geschmuggelt worden, wo der gewesene ungarische Unterrichtsminister Stephan Haller im September 1920 ein gleichnamiges Gesetz geschaffen hat. An einer Universität, die sich ihrer Würde und ihrer kulturellen Mission bewußt ist, gibt es keinen Numerus clausus. Sollte ein Teil der Studenten die Vorlesungen an der Universität dennoch weiter stören, so würde die Universität für dieses Jahr endgültig geschlossen werden. Der Aufruf des Senates schließt mit den Worten: „Die Universitäten dürfen nicht zu Brutstätten des Hasses werden, sie müssen wie in der Vergangenheit auch in der Zukunft die Brennpunkte der Annäherungsbestrebungen zwischen den Völkern und des Fortschritts der Wissenschaft sein, wenn sie ihre Existenz rechtfertigen wollen."

Literarisches Echo

„Der Jude"

Eine Monatsschrift, herausgegeben von Dr. Martin Buber im Jüdischen Verlag, Berlin NW 7, Dorotheenstraße 35. Das 2. Heft des VII. Jahrgangs ist soeben erschienen und hat folgenden Inhalt: Paul Amann, Die Lebensprobe (Zur Kritik der politischen Einsicht des nationalbewußten Judentums in Deutschland); Oskar Karbach, Das Oktroy der jüdischen Emanzipation (Aus „Theorie der jüdischen Assimilation"); David Koigen, Auszug; Hermann Weil, Perez, (Aus einem zur siebenten Wiederkehr seines Todestages gehaltenen Vortrages); Franz Rosenzweig, An Zion (Übersetzung der Klage des Jehuda Halevi zum neunten Ab). Bemerkungen: Simon Ernst, Elieser Ben Jehuda; Robert Weiß, Die Eigenarbeit als ökonomische Notwendigkeit der palästinensischen Wirtschaft. Umschau: Siegmund Kaznelson, Rückblicke; Arjeh Tartakower, Die palästinensische Genossenschaft und ihre gesetzliche Regelung; Richard Koch, Das freie jüdische Lehrhaus in Frankfurt a. M.; Samuel Rappaport, Eine neue hebräische Anthologie. Abonnementspreis pro Quartal: Deutschland 2000 Mark.

Aus der jüdischen Welt

Palästina

Ein paar kurze Notizen über die Jüdische Nationalbibliothek

Während es in Berlin außer Tausenden von Privatbibliotheken allein rund hundert öffentliche Bibliotheken zum Gebrauche des Publikums und bestimmter Kreise gibt, hat das neue jüdische Palästina nur die Anfänge der „National- und Universitäts-Bibliothek" in Jerusalem und die noch viel kleineren der Jaffaer Bibliothek „Schaar Zion" in Tel-Awiw. Außerdem entsteht in Berlin der erste Ansatz zu einer Bibliothek des Technikums in Haifa aus der Joseph-Hirsch-Stiftung. Die nächste Aufgabe ist es, erstlich der Wolffsohn-Stiftung durch große Spenden möglich zu machen, den Baugrund zu erwerben, auf dem sie mit ihrem eigenen Kapital das David Wolffsohn-Haus für die Bibliothek errichten will. Dann muß die Berliner Hauptsammelstelle der Bibliothek möglichst viele Bücher geschenkt bekommen und durch Gewährung von reichlichen Geldbeiträgen in die Lage versetzt sein, planmäßig Bücher und Materialien für die Bibliotheken, insbesondere die National-Bibliothek, zu erwerben, endlich muß dafür Sorge getragen werden, daß das Budget der Bibliothek regelmäßig gesichert wird. Die unendliche Wichtigkeit des Bibliothekwesens ist von den zionistischen Behörden immer wieder betont worden. Zuletzt von dem XII. Kongresse und dem letzten Delegiertentage. Aber von Seiten der zionistischen Landsmannschaft in Deutschland ist recht wenig getan worden. Wir verweisen nur kurz auf diese Beschlüsse:

Beschluß des XII. Zionistenkongresses zu Karlsbad

Der XII. Zionistenkongreß macht die systematische Förderung des gesamten jüdischen Bibliothekwesens in Erez-Israel der Leitung zur Pflicht. Er erblickt in der Gründung, der Förderung und dem Ausbau der Bibliotheken ein wichtiges Erfordernis auch des materiellen Ausbaus des jüdischen Palästinas. Er erwartet, daß an dieser allgemeinen, kulturellen, nationalen und jüdischen Sache jeder Jude ohne Unterschied von Partei und Anschauung nach besten Kräften mitarbeitet. Jeder Zionist soll verpflichtet sein, nach Maßgabe seines Könnens Bücher und Geldmittel beizusteuern. Die Landsmannschaften sollen gehalten sein, Landes-, Bezirks- und Ortskomitees dem Bedürfnisse entsprechend für die Palästinabibliotheken einzurichten.

Der Delegiertentag der Deutschen Zionisten zu Cassel faßte folgende einstimmige Resolution:

Der Delegiertentag erklärt die Arbeit für das jüdische Bibliothekwesen in Palästina als überaus bedeutsam für den wirtschaftlichen Aufbau Palästinas. Es wird jedem deutschen Zionisten zur Pflicht gemacht, an diesem Kulturwerk ideell und materiell mizuarbeiten und Prof. Heinr. Loewe in seiner aufopferungsvollen und umfassenden Tätigkeit zu unterstützen. Der Delegiertentag drückt die Hoffnung aus, daß Heinrich Loewe in leitender Stellung alsbald in Palästina selbst seine Arbeit aufnehmen wird.

Vor kurzem ist in Berlin eine „Gesellschaft der Freunde der Jerusalems-Bibliothek in Deutschland“ gegründet worden, deren Vorsitzende Sanitätsrat Dr. G. Bradt und Prof. Dr. Albert Einstein sind. Schriftführer ist Prof. Dr. Heinrich Loewe. Es ist die Pflicht jedes zielbewußten Zionisten, der Gesellschaft beizutreten und sie in jeder Weise zu fördern. Vor allem kann man für diese Sache, die ganz unparteiisch ist, die Nichtzionisten heranziehen, von denen sich bereits hervorragende Persönlichkeiten an der Gründung der Gesellschaft beteiligt haben.

Die Araber haben die Wichtigkeit der Bibliothek auch in politischer und wirtschaftlicher Beziehung erkannt. Um den Juden entgegenzuwirken, haben sie am fünften Jahrestage der Balfour-Deklaration (2. November 1922) den formellen Beschluß gefaßt, auf dem Tempelplatze eine „Arabische National-Bibliothek“ zu gründen, die sie aus den reichen Mitteln des Wakf (Kirchenvermögens) und des Supreme Moslem Council dotieren werden. Wir Juden dürfen nicht zurückbleiben, wenn wir nicht den falschen Eindruck hervorrufen wollen, daß in Palästina die geistige Kultur durch die Araber und nicht durch die Juden vertreten wird.

Die Hauptsammelstelle in Berlin wird geleitet durch Prof. Loewe. Sie hat ein Bankkonto bei der Diskonto-Gesellschaft (bei der Filiale ehemals Meyer Cohn, Unter den Linden 11) unter der Bezeichnung „Prof. Dr. Heinrich Loewe, Separatkonto: Jerusalembibliothek“ und ein **Postscheckkonto** unter dem Namen „Prof. Dr. Heinrich Loewe, Berlin NW 52, Flemingstr. 12, Jerusalem-Bibliothek“ unter der Nummer **Berlin 35 002.**

Palästina und die englische Handelsausstellung

Jerusalem. (J. C. B.) Der Rat der palästinensischen Regierung hat beschlossen, an der englischen Handelsausstellung teilzunehmen. Es soll ein besonderer Pavillon für die Ausstellung der Produkte und Fabrikate Palästinas errichtet werden.

Vom hebräischen Gymnasium in Tel-Awiw

In den letzten Jahren haben sich die Lehrer des Gymnasiums in Tel-Awiw bemüht, in den Lehrplan Unterricht in praktischer handwerklicher Arbeit einzuführen. Unterricht in Gartenbau wird seit längerer Zeit erteilt. Die Erziehungsabteilung der Exekutive hat außerdem bestimmte Stunden für handwerkliche Arbeiten festgelegt. Eine Tischlerei und eine Buchbinderei sind eröffnet worden, in der Knaben und Mädchen unterrichtet werden. Der Versuch ist gut gelungen, eine Gruppe von Schülern arbeitet regelmäßig nach dem Unterricht und fertigt in der Tischlerei die notwendigen Gebrauchsgegenstände für die Schule an, eine andere macht Buchbinderarbeiten. Es wird beabsichtigt, auch eine Werkstätte für Schmiedearbeiten einzurichten. Für die Einrichtung derselben ist ein Betrag von 100 Pfund erforderlich.

Das Budget des Gymnasiums beträgt im gegenwärtigen Schuljahr 11 000 Pfund. Das Education-Departement gibt 3000 Pfund, 7000 Pfund werden von den Eltern und Freunden der Schule erwartet, sodaß ein Defizit von 1000 Pfund bleibt.

Neuerdings ist die interessante Tatsache zu konstatieren, daß Schüler aus Amerika kommen, die dort die höheren Schulen besucht haben und nun das Gymnasium besuchen, um eingehende Kenntnisse des Hebräischen zu erlangen.

Die Zahl der Schüler beträgt 578, davon 327 Knaben und 251 Mädchen. 147 Schüler befinden sich in den Vorbereitungsklassen, der Rest in den höheren Klassen.

Die Hafenfrage

Jerusalem. Der englische Ingenieur F. Palmer, der vom Londoner Kolonialministerium den Auftrag erhalten hat, die Frage der Errichtung eines Hafens in Palästina zu prüfen, ist bereits in Jerusalem eingetroffen.

Es wurde eine amtliche Kommission eingesetzt, die Herrn Palmer in der Erfüllung seiner Aufgaben an die Hand gehen soll. Dieser Kommission gehören an: Der Direktor der öffentlichen Arbeiten, der Direktor der Handels- und Industrieabteilung, der Direktor der Steuerabteilung, der Leiter des palästinensischen Eisenbahnwesens und die Gouverneure von Haifa und Jaffa.

520 Einwanderer an einem Tage

Jerusalem. Die Palästina-Einwanderung nimmt in den letzten Monaten ständig zu. So sind im Januar 1022 Juden eingewandert gegen 614 im Dezember v. Js. Im Februar sind sogar an einem einzigen Tage 520 Immigranten eingetroffen, und zwar auf der „Constanza“, die aus Galatz kam und am 11. Februar in Haifa anlegte, wo 250 Immigranten ausgebootet wurden, während die übrigen nach Jaffa weiterfuhren. Es ist dies die höchste bisher an einem Tage erreichte Zahl.

Eine Abfuhr durch Sir Herbert Samuel

Jerusalem. (J.P.Z.) Der „Schomer Schabbos"-Verein hat sich an Sir Herbert Samuel mit der Bitte gewandt, gegen die öffentliche Entweihung des Sabbaths (wie Fahren, Rauchen, Kochen in Arbeiterinstitutionen usw.) einzuschreiten. Die Eingabe stützt sich auf das frühere türkische Gesetz (!), welches den Muslimen den öffentlichen Genuß von Speisen und Getränken im Fastmonat Ramadan unter Strafe verbietet. Die Eingabe ist von 4000 Familienhäuptern unterzeichnet. Der Oberkommissar hat auf die Eingabe erwidert, daß die Forderung nach strenger Einhaltung der Sabbathruhe in einer Stadt wie Jerusalem moralisch berechtigt sei. Er selbst halte mit seiner Familie und seinen jüdischen Beamten die Sabbathruhe ein, sehe aber für die Erlassung einer Strafbestimmung keinen Grund. Es empfehle sich, in religiösen Dingen durch moralische, nicht aber durch gesetzliche Mittel zu wirken. Die orthodox-jüdische Presse ist von der Antwort des Oberkommissars nicht befriedigt. — Wenn die orthodoxe Presse in Jerusalem auch nicht bekehrt ist, die Abfuhr war jedenfalls verdient. Das frühere türkische Gesetz, auf das sich diese Herren berufen, kann höchstens eine Sabbathruhe à la Bußtag erzwingen, an welchem Tage bekanntlich unter dem alten Regime in Deutschland der Alkoholkonsum bedeutend stieg, weil Theatervorstellungen, nicht nur Lustbarkeiten, verboten waren.

Polen

Die Flüchtlingshölle

Lemberg. Von der Grenze bei Husiatyn sind Nachrichten angelangt, die das Elend der ausgewiesenen russischen Flüchtlinge in den krassesten Farben schildern. Die Ausgewiesenen werden von polnischen Patrouillen an die Grenze gebracht, wo ihnen bedeutet wird, daß sie nur gegen die russische Grenze marschieren müssen. Die russischen Grenzwachen jedoch weigern sich, die Heimkehrer nach Rußland zu lassen und berufen sich auf ihre Befehle. In mehreren Fällen wurden die Flüchtlinge von den russischen Grenzwachen mit Maschinengewehrfeuer empfangen. Die Flüchtlinge, die unter solchen Umständen weder nach vorn noch rückwärts können, befinden sich in einer geradezu katastrophalen Situation und sind gezwungen, im größten Frost tagelang auf offenem Felde zu bleiben. Nur in Ausnahmefällen gelingt es Einzelnen, schwächer bewachte Grenzpunkte zu überschreiten. So sind Tausende jüdischer Flüchtlinge, darunter Greise, Kinder und Kranke, der nackten Todesgefahr ausgesetzt.

Judenausweisungen

Warschau. Wie die Blätter melden, hat Innenminister Kamienski unlängst angeordnet, daß alle seit dem 12. Oktober 1920 aus Sowjetrußland nach Polen eingewanderten Juden, die keine polnische Heimatberechtigung genießen, mit dem 1. März d. J. aus Polen auszuweisen seien. Die jüdischen Volksvertreter in Polen haben gegen diese Anordnung entschiedenen Einspruch erhoben und es ist ihnen gelungen, vom Ministerpräsidenten Sikorski das Zugeständnis zu erhalten, daß die Ausweisungsfrist bis zum 1. Juli d. J. verlängert wird und daß die Ausweisung nur noch die jüdische Zuwanderung seit dem 1. Mai betrifft. — Es zeigt sich eben immer mehr, daß das Ostjudenproblem nur international geregelt werden kann, nicht durch Polizeimaßnahmen einzelner Länder.

100 000 Dollar für Häuserbau in Polen

Wie J.C.B. meldet, hat die europäische Joint-Zentrale aus New York 100 000 Dollar zum Wiederaufbau zerstörter jüdischer Häuser in Polen erhalten. Auch de Ica hat eine Million Franken für diese Zwecke beigetragen. Im Monat April wird man an den Wiederaufbau von 5000 jüdischen Häusern in Polen schreiten können.

Litauen

Der neue jüdische Minister für Litauen

Kowno. (J.C.B.- Das neue litauische Kabinett hat sich bereits konstituiert. Premierminister ist Galwanowski. Zum Minister für jüdische Angelegenheiten ist, trotz aller Proteste der jüdischen Körperschaften und aller Kreise der Bevölkerung, das Mitglied des Kreisgerichts Bernhard Friedmann ernannt worden. Wie dem Kownoer J.C.B.-Vertreter soeben mitgeteilt wird, haben aus Anlaß der Ernennung Friedmanns zum Minister sämtliche Angestellte des jüdischen Ministeriums, auch diejenigen, die keine verantwortlichen Stellen innehaben, ihre Posten niedergelegt. Die jüdischen Gemeinden in Kowno, Mariampol und Schaulen haben scharfe Proteste gegen die Ernennung Friedmanns zum jüdischen Minister erhoben und diese Maßnahme als einen Schlag ins Gesicht der jüdischen Gesellschaft in Litauen bezeichnet. Über die Persönlichkeit Friedmanns ist bekannt, daß er nie Beziehungen zur jüdischen Gesellschaft gesucht hat. In jüdischen Kreisen erinnert man sich, daß Friedmann in der Zarenzeit sich guter Beziehungen zu mehreren Gouverneuren und sogar zum gewesenen Innenminister Plehwe und zur Zarinwitwe Maria Feodorowna zu rühmen pflegte.

Amerika

Der Gouverneur von Jerusalem beim Präsidenten Harding

Washington. (J.C.B.) Der jetzt in Amerika weilende Gouverneur von Jerusalem, Sir Ronald Storrs, stattete dem Präsidenten Harding im Weißen Haus einen Besuch ab. Sir Storrs informierte den Präsidenten über die Tätigkeit und die Ziele der Pro-Jerusalem-Gesellschaft, sowie über andere Palästina-Angelegenheiten, die den Präsidenten interessiert haben. Das Gespräch dauerte über eine halbe Stunde. Daraufhin war der Gouverneur bei dem als Zionistenfreund bekannten Senator Curtiß zu Mittag geladen. Am Tage darauf gab der englische Botschafter in Washington zu Ehren Sir Ronald Stors ein Diner, welchem Richter Louis D. Brandeis, der rumännische Gesandte Prinz Bibascu und Gemahlin (bekanntlich eine Tochter des früheren englischen Premiers Asquith) sowie andere Persönlichkeiten des diplomatischen Korps und der jüdischen Öffentlichkeit beiwohnten. Gouverneur Storrs wird nun für einige Zeit Gast des Herrn Nathan Strauß in dessen unweit New York gelegenem Winterhause sein.

Weizmanns Reise nach Amerika

Wie aus London gemeldet wird, begab sich der Präsident der Zionistischen Organisation, Prof. Dr. Weizmann, auf Einladung der amerikanischen zionistischen Organisation am 23. Februar nach Amerika. Prof. Weizmann wird dort hauptsächlich für den Keren Hajessod tätig sein.

Deutschland

Juden und Judenfeinde im Ruhrgebiet

Essen. In einer großen Rheinstadt versuchten französische Kreise mit den dortigen Juden

Fühlung zu bekommen und regten bei ihnen einen organisierten Kampf gegen die Judenhetze an. Die jüdischen Kreise haben diese Annäherungsversuche mit aller Entschiedenheit zurückgewiesen. Trotzdem versuchen antisemitsche Kreise im besetzten Gebiet der Legende von einem angeblich zwischen Juden und Okkupationsmacht bestehenden Kontakt den Boden zu bereiten. Bezeichnend für die Stimmung der rechtsstehenden Kreise des Ruhrgebiets ist der folgende Ausspruch, den eine einflußreiche Persönlichkeit aus dem rechten Lager in einer großen Ruhrstadt gegenüber einem jüdischen Politiker getan hat: „Unsere Zurückhaltung gegenüber den Juden ist nicht auf den Burgfrieden, sondern auf die Tatsache der Okkupation zurückzuführen. Sobald die Okkupation aufgehört hat, wird die Abrechnung mit den Juden beginnen."

In der Streikbewegung der Ruhrarbeiterschaft als Protest gegen Übergriffe der Besatzungsbehörden sind auch u. a. mehrere Betriebe, darunter auch die Thyssen-Werke betroffen, in denen jüdische Arbeiter beschäftigt sind. Die jüdischen Arbeiter gehen in allen Fällen mit der übrigen Arbeiterschaft solidarisch vor.

Der Sonderberichterstatter des J.C.B. hatte in Duisburg, wo sich die Zentralfürsorgestelle für die jüdischen Arbeiter befindet, Gelegenheit, über die Zahl der ostjüdischen Arbeiter im Ruhrgebiet genaue Materialien zu sammeln. Die in einem Teil der jüdischen Presse im Auslande mitgeteilten Zahlen stellen sich danach als maßlos übertrieben dar. Sogar während der industriellen Hochkonjunktur im Jahre 1922 arbeiteten nicht mehr als 15 000 ostjüdische Arbeiter im gesamten Bergwerksrevier, jetzt hat sich diese Zahl auf 7000 bis 8000 vermindert. Die ostjüdischen Arbeiter sind im ganzen Industriebezirk von Elberfeld bis Dortmund in Hochöfen und Kohlengruben beschäftigt. Über die Beziehungen der ostjüdischen Arbeiterschaft zu ihrer nichtjüdischen Umgebung ist folgendes zu sagen: Das Verhältnis zu den deutschen Arbeitskollegen ist in jeder Beziehung mustergültig. Auch das Verhältnis der Betriebsleitungen zu den jüdischen Arbeitern gibt zu Klagen keinen Anlaß. Einzig und allein seitens der untergeordneten Behörden sind die jüdischen Arbeiter nicht selten Schikanen ausgesetzt. In einzelnen Fällen wurde sogar versucht, seit mehreren Jahren im Ruhrgebiet ununterbrochen beschäftigte ostjüdische Arbeiter auszuweisen. Meist aber griffen die übergeordneten Behörden ein.

Ruhrbesetzung und Ostjudenfrage

Bei der Beratung des Notgesetzentwurfs im Deutschen Reichstag wurde von der Deutschnationalen Fraktion nachfolgender Antrag eingebracht: „Zur Unterbringung der aus dem besetzten Gebiet ausgewiesenen Reichsangehörigen sind in erster Linie die Wohn- und Geschäftsräume heranzuziehen, die von solchen Ausländern — insbesondere Ostjuden — bewohnt und benutzt werden, die seit dem 1. Januar 1919 aus dem Osten in das Reichsgebiet eingewandert sind.." Von demokratischer Seite (Abgeordneter Brodauf) wurde ein Antrag eingebracht, der im übrigen mit dem deutschnationalen übereinstimmt, aber die Ostjuden nicht besonders erwähnt. Angenommen wurde der Antrag Stresemann (Deutsche Volkspartei), der mit dem demokratischen Antrag übereinstimmt, jedoch die Befristung wegläßt.

Tschecho-Slowakei

In einem Artikel „Tschechisches" im „Berliner Tageblatt" vom 2. ds. berichtet der Prager Korrespondent des Blattes, Dr. Gustav Fuchs, über die nachrevolutionäre Gesetzgebung der jungen tschechischen Republik. Folgende Ausführungen sind für das heutige Hitler-Deutschland besonders beachtenswert: „Komisch fast und robisonadenhaft ist tschechisches Verhalten noch auf anderem Feld. Wie Robinson auf dem Eilande treibt das Tschechentum mitten im antisemintischen Meer judenfreundliche Politik. Im Norden, Westen und Süden, umfangen vom deutschen Hakenkreuztum, wächst ehemalige Toleranz zur vollen Gleichberechtigung und nicht bloß auf dem Papier. Es ist auch Politik. Aber man fragt: warum nicht auch anderwärts? Der Jude soll nicht verbrannt, sondern verwendet werden im Dienste des Staates, im Dienste der Arbeit. Das in Deutsch-Böhmen aufgerichtete Hakenkreuz, die Flucht der Deutschnationalen vor dem tschechischen Gegner in den mandatsichernden Antisemitismus erleichtert den Tschechen die Arbeit, aus dem deutschen Juden nur den Juden zu machen. Die tschechische Gesetzgebung geht noch weiter. In dem Entwurfe eines Gesetzes zum Schutze der Republik wird Antisemitismus zur staatsfeindlichen Aktion gestempelt, seine Übung in Wort, Schrift oder Tat als schweres Vergehen geahndet. Ziel der Norm ist Unterdrückung der im Zeichen des Hakenkreuzes stehenden Presse. Es ist für die Prager Politik verlockend, über den Antisemitismus, „der ihr dazu den Vorwand bietet, das Deutschtum zu treffen".

Man sieht, wie sich Nationalgefühl mit wirklicher Toleranz vereinigen kann — in der Tschechoslowakei wenigstens! Im Volke der „Denker und Dichter" natürlich muß sich der „naive" Blondling von der großen Mehrheit der Juden, Judenstämmlinge und Jüdlinge, die ja bekanntlich 99 Prozent der Gesamtbevölkerung ausmachen, durch Pogrome usw. befreien, um die Welt am deutschen Wesen wieder genesen lassen zu können.

Gemeinden- u. Vereins-Echo

Zehn Gebote zur Lähmung des Vereinslebens

1. Sprich schlecht von deinem Verein und drohe stets mit deinem Austritt.
2. Besuche keine Versammlungen. Wenn du ja kommst, so komme zu spät. Komme nie, wenn das Wetter schlecht ist.
3. Erzähle jedermann haarklein, daß du mit der Tätigkeit der Verwaltung nicht einverstanden bist.
4. Wenn du dich mit einem Vereinsmitglied verfeindet hast, so lasse es den Verein entgelten.
5. Nehme nie ein Amt an, da es leichter ist, zu kritisieren, als Arbeit zu leisten. Trotzdem sei gekränkt, wenn du zur Mitarbeit nicht aufgefordert wirst, klage dann über Vetterleswirtschaft.
6. Sprich niemals Gutes über die Vorstands- und Ausschußmitglieder, sondern unterstelle ihnen, daß sie nur aus Ehrgeiz und persönlicher Vorteile halber für den Verein arbeiten.
7. Wenn der Vorsitzende dich um deine Meinung fragt, so sage, du habest nichts zu bemerken. Nachher erzähle allen — und zwar am Biertisch — wie es hätte gemacht werden müssen.
8. Bezahle deinen Beitrag möglichst spät oder überhaupt nicht.
9. Kümmere dich möglichst wenig um Werbung neuer Mitglieder, laß dies die andern tun.
10. Vergiß nie aus „prinzipiellen Gründen" in Versammlungen immer Opposition zu machen.

(Es scheint uns, als ob diese der Zeitschrift des 1. Fußball-Klubs Nürnberg entnommene Notiz nicht nur für Fußballvereine manches Zutreffende sagen würde. D. Red.)

Von der Israelitischen Kultusgemeinde in München, dem Frauenbund und den Münchener Logen wurde eine Berufsberatung und ein Arbeitsnachweis gegründet. Der starke Zuspruch Arbeitsuchender beweist die Notwendigkeit. Erstrebt wird eine möglichst individuelle Vermittlung von Männern, Frauen, Knaben und Mädchen jeglichen Alters und Bildungsgrades in der Stadt und auf dem Lande. Von Eltern und Kindern wird gelernte Arbeit immer noch unterschätzt. Es ist notwendig, unsere heranwachsende Jugend auf den Wert der Facharbeit hinzuweisen, damit die Befriedigung nicht nur im schnellen Verdienst, sondern in der Qualitätsarbeit gesucht wird. Wir bitten daher Eltern, Lehrer und im Wohlfahrtswesen stehende Personen sich an unsere Zentralstelle zu wenden. Isr. Kultusgemeinde, Abt. für Berufsberatung und Stellenvermittlung, München, Herzog Maxstraße 7.

Verband jüdischer Jugendorganisationen. Der für 17. März geplante Sprechsaalabend muß umständehalber ausfallen. Wir machen unsere Mitglieder nochmals auf den Kurs von Dr. Baeck aufmerksam, zu dem Karten zu 150 Mark auf der Gemeindekanzlei abgeholt werden können. — Donnerstag, den 22. März abends halb 9 Uhr im Gemeindehaus, Rückgebäude: Dringende Sitzung der Vertreter und Obleute.

Jüdische Arbeitsgemeinschaft. Unser nächster Abend Sonntag, den 18. März 1923 im Bibliotheksaal der Gemeinde.

Bar Kochba München. Am 19. März fällt infolge Feiertags der Betrieb in sämtlichen Abteilungen aus. — Leichathletik. Infolge des Purimfestes der Ortsgruppe ist die für den 5. März vorgesehene Besprechung über Grünwald-Münchenlauf ausgefallen. Dieselbe wird am 26. ds. nachgeholt. Wir bitten dringend alle Abteilungen, besonders auch die Mitglieder der Fußballabteilung, punkt 8 Uhr in der Turnhalle, Plinganserstraße 84, zu erscheinen.

Schachklub „Lasker". Unser Winterturnier geht zu Ende. Unerledigte Partien können nur noch bis zum 15. April nachgespielt werden. Rückständige Beiträge wollen umgehend entrichtet werden. Wir fordern unsere Mitglieder zu reger Teilnahme an unseren Spielabenden auf, die jeden Montag und Mittwoch abends 8 Uhr im Hotel „Herzog Heinrich" (Ecke Landwehr-Mathildenstraße) stattfinden.

Spendenausweis

Jüdischer Nationalfonds

Spenden aus München

Allgemeine Spenden. Adele Nußbaum u. Harry Laufer grat. z. Verl. Bogopolsky-Becker, Fam. Schaller z. Buben, Martin Schaller z. kleinen Bruder 1000.—; Fam. Halpern grat. Friedl Goldfarb z. Verl. 1000.—; Isack Sturm grat. z. Verm. Rauchwerk-Fischbein 1000.—; Fam. Kraut desgl., Fam. Schrauber z. Sohn, z. Barmizwah Tannenzapf, Gelbart, Schmikler 5000.—; Fam. Faktorowitsch grat. Schaller herzl. z. Brith-Miloh 3000.—; Fam. Neuß grat. herzl. Fam. Schmikler z. Barmizwah ihr. Sohnes 1000.—; M. Stiefelzieher u. Frau anl. d. Doktorexamens i. Sohnes 2000.—; Heinrich Schmikler dankt allen Anwesenden an seiner Barmizwah 2500.—; Jos. Schachno ges. a. d. Geburtstagsfest der Frau Elsa Petzall-Berlin 20 000.—; Albert Stern anl. d. Geburtstages s. Schwägerin Else Levi 5000.—; Regina Gutter kond. Herrn Jakob Fränkel 1000.—; Fam. B. Goldberg desgl. 1000.—.

Münchener Ölbaumhain. Fr. Rosa Saposchnik grat. ihr. Mann z. Geburtstag 1 B. 3000.—; Herrn Abraham Stiefelzieher grat. zum Doktorexamen Fam. Norbert Sturm 1 B. 3000.—; Isack Sturm u. Braut 2 B. 6000.—; Fam. P. Sturm 1 B. 3000.—; Fam. Chary 1 B. 3000.—; Fam. Schumer 1 B. 3000.—; Theo u. Meta Harburger grat. herzl. z. Verl. Naß-Schaffer u. kond. Jakob Fraenkel 1000.—.

Bar Kochba-Hain. Die Damen- u. Mädchenabteilung des Bar Kochba grat. ihr. lieben Friedl Goldfarb herzl. z. Verl. 2 B. 6000.—.

Clara Fraenkel s. A. Garten. Dr. J. Schäler u. Frau a. d. Namen v. Hugo Fraenkel 1 B. 3000.—.

Gold. Buch Friedl Myschlibursky s. A. Recha Mischlibursky anl. d. Jahrzeit am 29. Adar, dem Todestage ihrer gel. unvergeßlichen Schwester Friedl s. A. 2000.—; Berta Schorr, geb. Mischlibursky, z. 6. Wiederkehr d. Todestages ihrer gel. unvergeßlichen Schwester Friedl s. 9. 2000.—; Eva Nathan, gb. Mischlibursky, aus gleichem Anlaß 2000.—.

Erlös für Wertzeichen: 1500.—.

Büchsen: 2172.—.

Gesamtausweis: 84 177.—.

Gesamtausweis s. 1. I. 1923: 927 558.30.

Berichtigung. Fam. Max Fleischer grat. Hermann Stepper u. Frau Elsa, geb. Mahler, zum zehnjähr. Hochzeitsjubiläum.

Gesamtausschuß der Ostjuden. Heinr. Schmickler dankt allen Anwesenden an seiner Barmziwah 2000.—, Familie Schlang anl. der Verlobung der Tochter 10 000.—, Schaffer Spende 1000.—, Verlobung Naß-Schaffer 4000.—, Kornhauser Spende 1000.—, Herm. Stepper u. Frau Elsa geb. Mahler-Stuttgart anl. ihres 10jähr. Hochzeitstages 2000.—, D. Kornhauser grat. z. Verlobung Blasbalg-Sturm, Schlang-Felber, Brismiloh Schaller 1000.—, Fam. Subisky grat. zur Barmizwah Schmickler 1000.—, Fam. Hauser desgl. 500.—, Fam. Landau desgl. u. zur Brismiloh Schaller, zur Verlobung Schlang-Felber 500.—, Eva Hojda grat. Herrn Stiefelzieher zum Dr. 500.—, Salo Puder-Pforzheim Spende durch D. Horn 10 000.—, Spiro Spende durch D. Horn 200.—, Fam. D. Horn grat. Fam. Schaller zum Buben, Schmikler zur Barmizwah, Stiefelzieher zum Dr. u. kond. Hrn. Jak. Fränkel 1000.—, J. Kleinhaus grat. Familie Leon Glücklich zur Vermählung ihrer Tochter, J. Kluger u. Frau z. Enkel, J. Tannenzapf u. Frau zur Barmizwah, J. Schmickler u. Frau zur Barmizwah, M. Schaller u. Frau zum Sohn 1000.—, Fam. Rauchwerg grat. J. Kluger z. Enkel u. J. Schmickler z. Barmizwah 1000.—, Gegenherz gratul. S. Schmikler zur Barmizwah 1000.—, derselbe Spende 50 000.—, Benschen bei Barmizwah Schmickler 5000.—, Benschen bei Brismiloh Schaller 10 000.—, Josef Weiner u. Fr. grat. Herrn Saposchnik zum Geburtstag 1000.—.

CLARA SCHLANG / ISRAEL FELBER

Verlobte

MÜNCHEN LEIPZIG

FRIDL GOLDFARB / ADOLF KRAUSZ

Verlobte

MÜNCHEN Schweigerstraße 4 — März 1923 — GRAZ Sackgasse 21

Zu der am שבת פרשת ויקרא
(24. März 1923) um 9 Uhr
im Verein Schomre Schabos, Ickstattstraße 13
stattfindenden

בר מצוה

unseres Sohnes MORITZ
laden alle Verwandten, Freunde und Bekannten
herzlichst ein

J. HAUSER und FRAU
München, Herzog Rudolfstraße 4

Gesamtausschuß der Ostjuden

wünscht herzlich Maseltof
zur Verlobung: Hecht-Stechler, Blasbalg-Sturm, Naß-Schaffer, Bogopolsky-Becker, Schlang-Felber; zur Vermählung: Fischbein-Rauchwerk; zur Barmizwah Engelhard, Tannenzapf, Schmickler, ferner Fam. Schrauber, Fam. Spielmann, Fam. Helfgott zur Bris miloh, sowie Familie M. Altmann, L. Spielmann u. Wagowsky-Kluger zum Enkel

Gesamtausschuss der Ostjuden

In Anbetracht der jetzt herrschenden traurigen Lage bitten wir um Überweisung von Kleidungs- und Wäschegegenständen, ev. Schuhwerk in allen Größen, die für die kommenden Feiertage an Arme verteilt werden sollen.

Abzugeben Reichenbachstraße 27 Rückgebäude, zwischen 3—5 Uhr. Auf telefonischen Anruf (28080) werden die Gegenstände auch abgeholt.

Den vielen Freunden und Bekannten, welche beim Hinscheiden meines lieben Sohnes

Hugo Fränkel

meiner so liebevoll gedachten, spreche ich — nur auf diesem Wege — herzlichsten Dank aus.

München Jacob Fränkel

Verantwortlich für die Redaktion: Dr. Rudolf Liebstädter, Nürnberg, Fürtherstraße 37, für den Anzeigenteil: H. W. Stöhr, München, Druck und Verlag: B. Heller, Buchdruckerei, Herzog Maxstraße, München.